Inga Rogg

Türkei, die unfertige Nation

Inga Rogg

Türkei, die unfertige Nation

Erdoğans Traum vom Osmanischen Reich

Orell Füssli Verlag, www.ofv.ch
© 2017 Orell Füssli Sicherheitsdruck AG, Zürich
Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Dadurch begründete Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf andern Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Vervielfältigungen des Werkes oder von Teilen des Werkes sind auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie sind grundsätzlich vergütungspflichtig.

Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich, unter Verwendung eines Fotos von © Anadolu Agency / Kontributor / Getty Images
Druck: CPI books GmbH, Leck

Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung

Der Orell Füssli Verlag wird vom Bundesamt für Kultur mit einem Strukturbeitrag für die Jahre 2016–2020 unterstützt.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

FSC www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 9

Kapitel 1
Brennpunkt Taksim-Platz 11
13 Entscheidungen von oben
14 Die »Grands Champs des Morts«
16 Aushängeschild der Kemalisten
22 Die Moschee wird gebaut

Kapitel 2
Die Osmanen zwischen Mekka und Rom 25
27 Der neue Herrscher erkennt die Christen an
29 Von Mekka bis nach Wien
32 Pera – vom Sündenpfuhl zum europäischen Vorbild
36 Gescheiterte Metamorphosen
39 Der Phönix aus der Asche – die türkische Republik

Kapitel 3
»Wir sind die Soldaten von Mustafa Kemal« 45
47 Von der Revolution zur Entwicklungsdiktatur
49 Eine neue Nation braucht eine neue Identität
51 Bündnis mit dem Westen
53 Offiziere putschen

Kapitel 4
Der berühmte Sohn von Kasımpaşa 57
59 Kindheit in Armut
63 Im Stillen reift der politische Islam
67 Die Generäle ebnen den Weg
71 Erdoğan wird Bürgermeister von Istanbul
76 Erdoğans Aufstieg an die Schalthebel der Macht
80 Die »schwarzen« Türken konsolidieren ihre Macht
82 »Der Staat bin ich«
85 Inszenierung der Macht

Kapitel 5
Mit Atatürk gegen Atatürk 89
91 »Fethullah Gülen ist schuld!«
96 Das große Aufräumen beginnt
100 Auf der Anklagebank
106 Ein Land im nationalistischen Taumel

Kapitel 6
Der weinende Prediger 109
110 Das »Licht« in die Welt tragen
113 Weichenstellung der Generäle
117 Die großen »Verschwörungen«
122 Aus den ehemaligen Verbündeten werden Gejagte

Kapitel 7

Neue und alte Grenzen 125

126 Ein neuer Stern am Polithimmel
130 Die PKK – zwischen Aufstand und Terror
133 Der schmutzige Krieg im Südosten
137 Die unerfüllte Hoffnung auf Frieden
141 Im Sog des Kriegs in Syrien
144 Der Aufstand frustrierter Jugendlicher
147 Die Schlacht ist geschlagen, der Krieg geht weiter

Kapitel 8

In den Fußstapfen der Osmanen 151

153 Mit voller Kraft zurück zu den Wurzeln
156 Bewunderung für die Türkei, nicht für die Osmanen
158 Vom Freund aller Muslime zum Vertreter der Sunniten
162 Politik der »kostbaren Einsamkeit«
165 Der islamistische Terrorismus im eigenen Land
169 Fiasko in Syrien
171 Auf den Trümmern der Syrien-Politik

Kapitel 9

Das große Schweigen 175

176 Wer sich nicht unterwirft, ist ein Verräter
178 Die Rache an den »Verrätern«
179 Das Opfer ist immer der Täter
181 Die Nachfahren stellen Fragen
184 Antisemitismus verkauft sich auch in der Türkei gut
188 Die Aleviten pochen auf Anerkennung

Kapitel 10

Die Generation 2053 193

194 Mit neuer Schrift und Sprache in eine bessere Zukunft
198 Das Comeback der Religion unter Menderes
199 Und dann kommt Erdoğan
204 Mit »türkischen Werten und Ideen« in die Hightech-Zukunft?

Kapitel 11

Im Zeichen des Palasts 209

211 Eine Hand wäscht die andere
214 Glanzvolle Ziele, weniger glanzvolle Realitäten
216 Der Wirtschaftsboom in der Sackgasse
220 Medien im Dienst von Konzernen

Kapitel 12

Der immerwährende Unabhängigkeitskrieg 225

228 Der »ewige Widerstand« wird beschworen
232 Marschieren für Recht und Gerechtigkeit
237 Schatten über der İstiklal Caddesi

Einleitung

Welch tiefer Fall. Vor zehn Jahren noch galt Recep Tayyip Erdoğan als Hoffnungsträger und die Türkei als Modell dafür, dass Islam und Demokratie kein Widerspruch sein müssen. Heute betrachtet man Erdoğan als Despoten, Diktator oder Sultan. Für viele im Westen waren die Massenproteste, die sich an der geplanten Zerstörung des Istanbuler Gezi-Parks entzündeten, der Wendepunkt. Erdoğan hätte sie zum Anlass nehmen können, auf seine Kritiker zuzugehen. Doch dafür war es bereits zu spät. Er sah in ihnen eine Bedrohung seines Plans, die Türkei nach seinem Ebenbild zu formen.

Trotzdem wäre es zu einfach, Erdoğan für eine politische Misere verantwortlich zu machen, die viel tiefer reicht. Sie beginnt bei Atatürk, der einen autoritären Staat aufbaute, in dem jede Form von Dissens, ob vonseiten der Frommen oder vonseiten der Minderheiten wie den Kurden, unterdrückt wurde. Seitdem haben alle Parteien, wenn sie stark genug waren, den Staat an sich gerissen, um ihn nach ihrem Gusto umzumodeln. Erdoğan ist nur der Letzte in dieser Reihe. Um seine Macht zu konsolidieren, hat er auf die Polarisierung der Gesellschaft gesetzt: »Wir« gegen »sie«, lautet seine Devise. Damit hat er sich in den vergangenen Jahren immer mehr Feinde geschaffen. Das war auch einer der Gründe, die zum Putschversuch im Juli 2016 führten, für den die Regierung die Bewegung des Predigers Fethullah Gülen verantwortlich macht – eine Meinung, die von der Mehrheit der Türken geteilt wird.

Seitdem sind Zehntausende verhaftet worden, unter ihnen Menschenrechtler, Journalisten und selbst Ausländer. Hundert-

tausende haben ihre Stellen verloren, Unternehmen, Medien, Stiftungen und Bürgerinitiativen wurden dichtgemacht oder unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt. Selahattin Demirtaş, der Hoffnungsträger der Kurden, sitzt wie zahlreiche weitere kurdische Abgeordnete und Bürgermeister in Haft. Ihm droht mehrfach lebenslängliche Haft.

Mit dem Ja zur Verfassungsänderung im Referendum 2017 hat Erdoğan sein lang erstrebtes Ziel erreicht, die Macht im Land in seinen Händen zu vereinen. Doch die »neue Türkei« ist heute nicht größer und stärker, wie er es seinen Anhängern predigt, sondern isolierter und gespaltener denn je. Das könnte verheerende Folgen haben. Sollten Regierung und die PKK nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren, wird Erdoğan seine Drohung wahr machen und Truppen nach Nordsyrien schicken, um die Entstehung eines kurdischen Teilstaats unter der Kontrolle des syrischen PKK-Ablegers zu verhindern. Eine Ausweitung des Konflikts in die Türkei ist dann gewiss. Das wäre ein gefundenes Fressen für die Extremisten des Islamischen Staats, die nur darauf lauern, an der Lunte der innertürkischen Spannungen zu zündeln.

Die Türkei liegt an der Naht- und Bruchstelle zwischen Ost und West. Am Bosporus ist alles möglich: Kopftuch- und Minirockträgerinnen, Rakı-Trinker und fromme Abstinenzler, die Rufe des Muezzin und der Technobeat der westlich orientierten Jugend, osmanische Kalligraphie und moderne Kunst. Es ist ein Klischee, doch wie jedes Klischee enthält es auch einen Funken Wahrheit. Der Säkularismus hat in der Türkei tiefe Wurzeln geschlagen, daran kann Erdoğan nichts ändern. Je repressiver er regiert, desto mehr verhärten sich die Fronten. Religiöse wie Kemalisten befeuern die Stimmung mit nationalistischen Mythen. Es liegt an Erdoğan, dem mächtigsten Politiker seit Atatürk, die Bremse zu ziehen. Tut er es nicht, ist ein Crash der »neuen Türkei« so gut wie unvermeidlich.

Kapitel 1

Brennpunkt Taksim-Platz

Heute kennt man den Taksim-Platz in Istanbul vor allem wegen der Auseinandersetzungen um den kleinen Gezi-Park. Doch die Geschichte des Platzes reicht Jahrhunderte zurück. Einst befand sich hier ein großer armenischer Friedhof. Die Bebauung begann im 19. Jahrhundert. Unter Atatürk wurde der Platz zum Aushängeschild der Republik. Dieses Erbe will der heutige Präsident Recep Tayyip Erdoğan schleifen.

Der Taksim-Platz blüht. Orange, rot, gelb, violett und rosa leuchten Tulpen in den Holzkübeln, die von der Stadtverwaltung aufgestellt wurden. 160 verschiedene Sorten sollen es sein. Jahrzehntelang war der Platz im Zentrum Istanbuls eine von Verkehrslärm geplagte Abgashölle. 2013 verschwanden die Autos und Busse in einem neuen, höchst umstrittenen Tunnel. Der Taksim verwandelte sich in eine Betonwüste. Den hässlichsten Platz der Welt, nannte ihn der Politologe Ahmet Davutoğlu, ehemaliger Außenminister und Ministerpräsident der Türkei.

In Zürich oder Berlin hätte es sicher nicht lange gedauert, bis Straßenkünstler und Aktivisten die große Brache für sich entdeckt hätten. Aber seit der Niederschlagung der Gezi-Proteste im Sommer 2013, die sich an der geplanten Zerstörung und Bebauung des kleinen Gezi-Parks entzündet hatten, sind Demonstrationen ebenso wie buntes Treiben jeglicher Art unerwünscht. Eine Zeit lang versuchten noch die Verkäufer von

Köfte, der türkischen Frikadelle, ihr Glück, und nachts breiteten fliegende Händler auf Decken ihre Billigwaren aus – bis die Polizei auch sie vertrieb. Seitdem ist am Taksim nur noch erlaubt, was der Regierung genehm ist und opportun erscheint. So durften deren Anhänger nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 wochenlang den scheinbaren Sieg der Demokratie über das Militär auf dem Platz feiern. Und während des Fastenmonats Ramadan lädt die Stadtverwaltung – geführt von Erdoğans »Adalet ve Kalkınma Partisi« (AKP; »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung«) – die Bürger zum kostenlosen Iftar, dem abendlichen Fastenbrechen, ein. Zu jeder anderen Zeit sorgt ein Daueraufgebot an Polizisten und Staatsdienern in Zivil dafür, dass es auf dem Platz nicht zu unliebsamen Versammlungen kommt.

Manchmal zeigt sich die Regierung dennoch großzügig und genehmigt einen Auftritt der Opposition. Der 23. April 2017, der Tag der »Nationalen Souveränität und des Kindes«, ist ein solcher Ausnahmetag. Die Türkei gedenkt an diesem Datum der Einberufung der Großen Nationalversammlung, des türkischen Parlaments, 1920 in Ankara. Es blühen nicht nur Blumen. Erstmals seit Langem ist wieder ein Banner mit dem Konterfei des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk an der Ruine des nach ihm benannten Kulturzentrums zu sehen, das auch als leere Hülle den Taksim immer noch architektonisch beherrscht.

Eine Woche zuvor hat Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan das Referendum über eine Verfassungsänderung, die das von Atatürk etablierte politische System im Orkus der Geschichte versenkt, für sich entschieden. Obwohl von einem freien und fairen Wahlkampf keine Rede sein konnte, siegte das »Ja«-Lager mit 51,4 Prozent gegen 48,6 Prozent nur knapp. Doch auch die Abstimmung selbst war von so vielen Unregelmäßigkeiten überschattet, dass es ernsthafte Zweifel am Ergebnis gibt. Das »Nein«-Lager spricht von Wahlbetrug.

Kapitel 2

Die Osmanen zwischen Mekka und Rom

Schon aus seinem religiösen Selbstverständnis heraus war das Osmanische Reich auf stete Ausdehnung bedacht, die Unterwerfung der Nichtmuslime war praktisch Programm. Doch die Sultane zogen gegen die Christen nicht nur in den Krieg, sie integrierten sie auch in das Reich, wie sich an dem Istanbuler Stadtteil Pera zeigt.

Fehlt am Taksim wirklich eine Moschee? Nein, sagen die Kritiker und weisen darauf hin, dass es rund um die İstiklal Caddesi bereits hundert Moscheen gibt. Dass es sich dabei eher um kleinere Moscheen, nicht um Prachtbauten handelt, liegt an der besonderen Geschichte dieses Stadtteils. Zum Zeitpunkt der Eroberung Konstantinopels durch Mehmed II. im Jahr 1453 war das einst blühende Byzanz längst Vergangenheit. Geschwächt und ausgezehrt durch die Plünderungen während des letzten Kreuzzugs und die Verluste an die Osmanen in Anatolien, durch den Dauerkonflikt mit Rom und innere Querelen, erinnerte Byzanz Mitte des 15. Jahrhunderts nur noch entfernt an die vormals stolze Nachfolgerin Roms. Das Herrschaftsgebiet von Kaiser Konstantin XI. war faktisch auf die Halbinsel südlich des Goldenen Horns geschrumpft, eine Enklave inmitten des Osmanischen Reichs. Die Bevölkerung, die einst mehrere Hunderttausende gezählt hatte, betrug gerade noch um die 50 000, viele von ihnen lebten in bitterer Armut.

Auf der Nordseite des Goldenen Horns, in Pera oder Galata, wie sie es nannten, hatten die Genueser eine blühende Handelskolonie errichtet. Die kleine, von einer eigenen Stadtmauer geschützte Ansiedlung, unterstand nur formell dem Kaiser. Die reichen Händler aus Genua betrieben hier einen der größten Häfen der damaligen Welt und kontrollierten fast den gesamten Handel zwischen der Levante und Europa. Während das eigentliche Konstantinopel darbte, wirkte Galata wie eine kleine propere italienische Stadt mit Steinhäusern, geraden Straßen und katholischen Kirchen, über denen als ein Teil der Befestigungsanlagen der Galata-Turm thronte, der auch heute noch die Skyline des Stadtteils Beyoğlu dominiert. Die Genueser, die sich bisher mit den Osmanen gut arrangiert hatten, stellten sich zwar wie auch die Venezianer offiziell auf die Seite der Byzantiner, doch davon abgesehen verhallten die Hilferufe Konstantins an die christliche Welt weitgehend im Leeren. In einem letzten Versuch, die Unterstützung der Katholiken zu gewinnen, sicherte Konstantin in einer Messe mit Gesandten Roms in der Hagia Sophia (»Heilige Weisheit«) dem Papst seine Gefolgschaft zu. Doch es war zu spät. Angeführt von dem Mönch Gennadios Scholarios, der die göttliche Strafe mehr fürchtete als die Osmanen, rebellierte ein Teil der Untertanen gegen den Entscheid des Kaisers.

Nach fast zweimonatiger Belagerung starteten die zahlenmäßig wie waffentechnisch haushoch überlegenen osmanischen Truppen unter Mehmed II. in den frühen Morgenstunden des 29. Mai 1453 ihre finale Offensive. In der Hagia Sophia versammelten sich Mönche und Gläubige in der Hoffnung auf ein Wunder zum Gebet. Am Nachmittag war die Schlacht geschlagen. Der 21-jährige Sultan hatte geschafft, woran zuvor die Araber und auch seine Vorfahren gescheitert waren: Er versetzte Byzanz den Todesstoß. Noch am gleichen Tag verrichtete er in der Hagia Sophia, die tausend Jahre lang das Symbol des Christentums im Osten gewesen war, sein Gebet und ließ sie in eine

Moschee umwandeln. Drei Tage lang zogen seine Truppen mordend und plündernd durch die Stadt. Wer konnte, rettete sich auf Schiffe und ergriff die Flucht, wem es nicht gelang zu entkommen oder sich zu verstecken, wurde versklavt.

Mit der Eroberung Konstantinopels ging für die Muslime auch eine Prophezeiung Mohammeds in Erfüllung, der einer Überlieferung (Hadith) zufolge gesagt haben soll: »Wahrhaftig, ihr werdet Konstantinopel erobern! Welch wunderbarer Führer wird euch führen, und welch wunderbare Armee wird das sein!«

Der neue Herrscher erkennt die Christen an

Nach drei Tagen bereitete Mehmed II. dem Raubzug ein Ende, und in der Hagia Sophia fand die erste Freitagspredigt statt. In einem Edikt versprach der Sultan den Christen und Juden seinen Schutz, im Gegenzug mussten sie seine Macht anerkennen und die Kopfsteuer bezahlen. Mehmed II. ging sogar noch einen Schritt weiter. Er ließ Gennadios frei, der in Gefangenschaft geraten war, übertrug ihm das seit Langem vakante Patriarchenamt und ernannte ihn zum Oberhaupt aller Christen des Reichs mit weitreichenden Privilegien. Damit wurde aus dem orthodoxen ein ökumenisches Patriarchat. Der erste Sitz des Patriarchen, die Kirche des Heiligen Apostolos, musste allerdings bald schon dem Bau der ersten großen Moschee weichen, der nach dem Sultan benannten Fatih Camii (Eroberer-Moschee).

Die Privilegien umfassten das religiöse und das zivile Recht – jedoch nur dann, wenn keine Muslime involviert waren. Der Patriarch konnte mit fremden Staaten verhandeln, war aber auch für das Eintreiben der Kopfsteuer (cizye) zuständig. Es war die Geburtsstunde des Millet-Systems. Die Angehörigen der als »Millet« – als Religionsgemeinschaften – anerkannten Glaubensrichtungen galten als Schutzbefohlene (dhimmi) und genossen trotz zahlreicher Benachteiligungen Sicherheit und eine gewisse

Autonomie. Fünf Jahre nach der Ernennung von Gennadios setzte Mehmed II. auch einen armenischen Patriarchen ein, die Juden erhielten ebenfalls Millet-Status. In der türkischen Geschichtsschreibung wird der Sultan deshalb als ein Herrscher nicht nur von großem militärischem Format, sondern auch von großer Güte und Toleranz gefeiert. Seine Entscheide hatten zweifellos auch ganz pragmatische Gründe: Er sicherte sich auf diese Weise die Loyalität der Christen und Juden im Osmanischen Reich und musste nicht befürchten, dass sie sich auf die Seite der europäischen Mächte schlugen. Zudem brauchte er schlicht Menschen, um das zerstörte Konstantinopel wieder aufzubauen. Zwar kehrten zahlreiche Christen zurück, doch gelang es nicht, die Stadt wiederzubeleben. Der Sultan forcierte deshalb die Zwangsumsiedlung. Aus dem gesamten Reich wurden Wohlhabende, Kaufleute oder Handwerker nach Konstantinopel gebracht: Slawen vom Balkan, Armenier, Griechen, Juden, aber auch Muslime aus West- und Zentralanatolien. Mehmeds Sohn, Bayezid II. (Regierungszeit 1481–1512), verhalf der Stadt mit der Ansiedlung der spanischen und portugiesischen Juden, die ab 1492 vor den Verfolgungen auf der Iberischen Halbinsel flohen, zu weiterem Aufschwung.

Auch den Genuesern von Galata garantierte Mehmed in einer herrschaftlichen Stiftungsurkunde, dass sie ihren gesamten Besitz einschließlich ihrer »Frauen, Söhne und Sklaven beiderlei Geschlechts« behalten, frei reisen und Handel treiben sowie ihre Riten ausüben durften, außer »dem Läuten von Glocken und Rasseln«. Zudem sicherte er den Katholiken zu, ihre Kirchen nicht in Moscheen zu verwandeln. Sie durften allerdings auch keine neuen bauen.

Die wenigsten Bewohner dieser Kolonie waren jedoch Italiener. Nach einer Volkszählung in Konstantinopel und Galata von 1478 lebten in Galata neben nur 32 Familien der »Franken«, wie die lateinischen Christen genannt wurden, auch 592 griechische

und 535 muslimische Familien, alles in allem rund 6000 Menschen. In diese christliche Vorstadt zog es im Laufe der folgenden Jahrhunderte auch alle diplomatischen Vertretungen und Handelsniederlassungen der Europäer – Genua, Venedig, Frankreich, England, Holland etablierten hier Stützpunkte. Das Viertel galt aus der Sicht Europas als die letzte Bastion der Christenheit innerhalb der muslimischen Welt, in der sich zugleich – vor allem an den Rändern – eine ständig wachsende Zahl von Muslimen niederließ.

Welche Bedeutung die Einnahme Konstantinopels hatte, das die Osmanen nun Istanbul oder Islambol nannten, zeigt die Inschrift am Haupttor des zwischen 1459 und 1478 errichteten Topkapı-Palasts: »Dank der Gnade und Erlaubnis Allahs hat der Herrscher über die beiden Kontinente und die beiden Meere, der Schatten Gottes im Diesseits und Jenseits (…), der Eroberer der Festung von Konstantinopel, Sultan Mehmed Han, der Sohn von Sultan Murad Han (…), dieses Tor im heiligen Monat Ramadan 883 (November–Dezember 1478) errichtet.« Die Inschrift illustriert zugleich das Selbstverständnis der Osmanen: Herrscher über Europa und Asien, das Mittelmeer und das Schwarze Meer zu sein.

Von Mekka bis nach Wien

Acht Jahre nach der Eroberung von Konstantinopel brachte der Sultan mit Trapezunt (Trabzon) am Schwarzen Meer den letzten noch verbliebenen Rest des ehemaligen Byzantinischen Reichs unter seine Kontrolle, und zwanzig Jahre später besiegte er den Turkmenenfürsten Uzun Hasan. Damit befand sich ganz Anatolien unter osmanischer Kontrolle. Vor allem aber trieb es den Sultan nach Westen, in Richtung Rom. Im Krieg mit der Seemacht Venedig gelang es ihm, weitere Gebiete auf dem Balkan und in Griechenland einzunehmen und bis vor die Tore Venedigs vorzu-

Kapitel 3

»Wir sind die Soldaten von Mustafa Kemal«

Von einer Vision getrieben, verwandelt Atatürk die Türkei nach der Republikgründung in einen modernen Staat. Doch die von oben betriebene Kulturrevolution hat ihren Preis. Sie legt die Grundlagen für die Konflikte, die das Land seitdem in Atem halten.

Mustafa Kemal Paşa ist nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der unumstrittene Held. Da sich die ehemaligen Köpfe des Komitees für Einheit und Fortschritt im Exil befinden, gibt es auch niemanden, der ihm ernsthaft den Führungsanspruch streitig machen kann. Viele im Land glauben jedoch an eine Rückkehr zur konstitutionellen Monarchie.

Wenig ist bekannt über das Denken des jungen Offiziers, der 1881 als Sohn eines Beamten, Offiziers und Händlers und einer Hausfrau im damals mehrheitlich jüdischen Saloniki, dem heutigen Thessaloniki, geboren wurde. Tagebuchaufzeichnungen aus seiner Militärzeit zeigen jedoch, dass er sich zu Höherem berufen fühlte und die Gesellschaft komplett erneuern wollte. Am 29. Oktober 1923 beschließt die Nationalversammlung die Gründung der »Republik Türkei«. Mustafa Kemal, der sich nun »Gazi« (Frontkämpfer und Ehrentitel für verdiente Feldherren) nennt, wird ihr erster Präsident. Die religiöse Ordnung tastet er zunächst nicht an.

Nach der Abschaffung des Sultanats am 1. November 1922 hatte die Nationalversammlung sogar mit Abdülmecid II., der

mehr an den Künsten als an Politik interessiert war, einen neuen Kalifen gewählt. Auch wenn sich dadurch politisch nichts änderte, war es für den Zusammenhalt und die Mobilisierung der Muslime von Bedeutung. Als sich jedoch eine Bewegung für die volle Wiederherstellung des Kalifats auszuweiten droht, wagt Mustafa Kemal den Kahlschlag. Am Abend des 3. März 1924 beschließt die Nationalversammlung hinter verschlossenen Türen ein Gesetz über die Abschaffung des Kalifats und die Ausweisung der Osmanen aus der Türkei. Noch in der gleichen Nacht wird Abdülmecid mit seiner Familie gezwungen, ins Exil zu gehen. In den frühen Morgenstunden des 4. März verlassen sie mit dem Simplon-Orient-Express die Türkei in Richtung Schweiz, um später nach Paris zu gehen. In den Wochen darauf müssen auch die letzten Vertreter der Osmanen-Dynastie das Land verlassen, ihr Eigentum wird konfisziert.

Die Islamisten haben den Republikgründern die Beseitigung des Kalifats nie verziehen. Dabei verstanden diese den Schritt keineswegs als anti-islamische Maßnahme, im Gegenteil. Die Osmanen, so die Argumentation in dem von einem Geistlichen ausgearbeiteten Gesetzestext, hätten für die türkische Nation nichts als Kalamitäten gebracht. Ihre Machenschaften und Versprechungen unter dem Deckmantel des Kalifats hätten schließlich sogar den Niedergang des türkischen Imperiums verschuldet. Das Kalifat habe verhindert, dass sich die Türkei innen- wie außenpolitisch befreien konnte. Deshalb müsse die »Doppelköpfigkeit« beendet werden. Die weltlichen und spirituellen Pflichten lägen bei der jetzigen islamischen Regierung, das Kalifat sei schlicht überflüssig. Der Islam wird mit dem neu geschaffenen »Diyanet Işleri Bakanlığı« (»Präsidium für religiöse Angelegenheiten«) strikter staatlicher Kontrolle unterstellt. Die Behörde, die auch erstmals den Koran ins Türkische übersetzt, kontrolliert und finanziert bis heute die Moscheen, ernennt die Prediger und gibt den Text der Freitagspredigten vor. Zudem werden die zahl-

reichen Sufi-Orden, die als autonome Institution eine wichtige Rolle im Alltagsleben spielen, verboten und ihre Konvente aufgelöst.

Von der Revolution zur Entwicklungsdiktatur

Gegen diesen radikalen Schnitt mit der Vergangenheit gibt es durchaus Widerstand. Im Frühjahr 1925 erheben sich im kurdischen Südosten des Landes Anhänger des Nakşibendi-Ordens (arabisch: Naqshbandiya) und fordern die Wiedereinführung des Kalifats. Die Aufrufe von Scheich Said an die türkische Bevölkerung, sich dem Aufstand anzuschließen, verhallen weitgehend ungehört. Nach mehr als zehn Jahren Krieg fehlt den meisten die Kraft für eine Revolte. Es gibt kaum eine Familie, die nicht ihren Vater, Sohn oder Bruder verloren hat. Um den Lebensunterhalt und die Ernährung ihrer Kinder zu sichern, gehen viele Frauen nun nicht mehr nur auf dem Land, sondern auch in den Städten einer bezahlten Arbeit nach. Nach wenigen Wochen ist die Rebellion niedergeschlagen. Scheich Said und weitere Rebellenführer werden gehängt. Der Gebrauch der Religion für politische Zwecke steht künftig als Hochverrat unter Todesstrafe. Zwei weitere Aufstände – von Nakşibendi-Anhängern in der Kleinstadt Menemen nahe Izmir im Jahr 1930 und von Aleviten in Dersim 1937/1938 – werden nicht weniger brutal niedergeschlagen.

Ein Jahr nach der Revolte von Scheich Said bietet sich für Mustafa Kemal die Gelegenheit, auch die letzten Widerstandsnester in den eigenen Reihen zu beseitigen. In Izmir fliegt eine angebliche Verschwörung zur Ermordung des Präsidenten auf. In einer Serie von Schauprozessen werden die angeblichen Verschwörer, unter ihnen hochrangige Vertreter des Komitees für Einheit und Fortschritt und Armeekommandanten, zum Tod oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, andere retten sich noch recht-

zeitig ins Exil. Diesen Prozessen folgt eine Säuberung des Staatsapparats, der daraufhin mit treuen Kemalisten besetzt wird.

Bereits im März 1925 hatte das Parlament mit dem Gesetz über die »Wahrung der öffentlichen Ordnung« sämtliche Macht im Land in den Händen des Präsidenten vereinigt. Von da an bis zu seinem Tod herrscht Mustafa Kemal wie ein Diktator über die junge Republik. Zwar finden weiterhin Wahlen statt, doch seine Partei, die spätere CHP, legt fest, dass der zum ewigen Vorsitzenden gewählte Präsident bestimmt, wer bei den Wahlen kandidieren darf – ein Prinzip der Kandidatenkür, an dem bis heute fast alle Parteien in der Türkei festhalten. Abgesehen von einer kurzzeitig zugelassenen Scheinopposition sind Oppositionsparteien verboten, kritische Zeitungen werden ebenfalls untersagt und missliebige Autoren vor Gericht gestellt. Ob Islamisten, dissidente Nationalisten oder Kommunisten – sie alle landen im Gefängnis, in der Verbannung oder fliehen ins Ausland. Der nationalreligiöse Poet Mehmet Âkif Ersoy, Autor der türkischen Nationalhymne, geht nach Kairo ins Exil und kehrt erst kurz vor seinem Tod 1936 wieder in die Türkei zurück. Der populäre linke Dichter Nâzım Hikmet flieht nach mehrfacher Haft schließlich nach Moskau, wo er 1963 stirbt.

Mustafa Kemal nutzt seine uneingeschränkte Macht, um seine Vision einer modernen Türkei umzusetzen. An die Stelle des islamischen tritt der gregorianische Kalender, statt dem Freitag wird der Sonntag zum Feiertag, 1928 folgt die Sprachreform mit der Einführung des lateinischen Alphabets. Die Scharia-Gerichte werden verboten. An die Stelle des religiösen Rechts tritt ein weitgehend vom faschistischen Italien übernommenes Strafrecht. Die Polygamie wird untersagt und ein von der Schweiz inspiriertes Zivilrecht eingeführt. Lange vor den Frauen in vielen Ländern Europas erhalten die Türkinnen 1934 das aktive und passive Wahlrecht. Im selben Jahr werden Familiennamen eingeführt und Titel wie Efendi, Bey oder Paşa abgeschafft. Dem Prä-

Kapitel 5

Mit Atatürk gegen Atatürk

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 versuchen Teile der Armee, die gewählte Regierung zu stürzen. Eine breite Mehrheit der Bevölkerung stellt sich gegen die Verschwörer. Erdoğan vergibt die Chance, das gespaltene Land zu einen. Stattdessen festigt er den Pakt mit der extremen Rechten und erklärt immer mehr Bürger zu seinen Feinden.

Es ist schon neun Uhr abends, längst Zeit, Feierabend zu machen. Doch dann wird plötzlich auf Twitter die Nachricht verbreitet, dass vor dem ehemaligen osmanischen Sommerpalast in Istanbul, der auf der asiatischen Seite des Bosporus liegt, Soldaten aufgetaucht sind. Eine gute halbe Stunde später riegeln Einheiten der paramilitärischen Jandarma die beiden Bosporus-Brücken ab. Vor den Brücken bildet sich ein Verkehrsstau. Es ist Freitagabend, viele Menschen sind unterwegs, um sich in der lauen Nacht zu vergnügen. Was ist los? Wollen die Soldaten einen Terroranschlag verhindern? In den letzten zwölf Monaten hat eine Serie von terroristischen Attacken das Land erschüttert, die letzte forderte am 28. Juni am Istanbuler Atatürk-Flughafen mindestens 45 Tote. Das liegt noch keine drei Wochen zurück. Hektische Nachfragen bei Freunden und Bekannten. Doch niemand kann sich einen Reim darauf machen, was gerade passiert. Auch die türkischen Fernsehsender rätseln. Weder von den Sicherheitsbehörden noch von der Regierung gibt es eine Stellungnahme.

Militärhubschrauber kreisen inzwischen mit ausgeschalteten Positionslichtern im Tiefflug über unserem Viertel in der Innenstadt von Istanbul. Journalisten und Einwohner in Ankara twittern, es gebe Schießereien auf den Straßen, Kampfjets und Helikopter flögen über die Stadt, die Zentrale des türkischen Geheimdienstes (»Millî İstihbarat Teşkilatı«, MIT) werde aus Helikoptern beschossen. Truppen der 1. Armee, deren Hauptquartier sich in Istanbul befindet, bringen den Atatürk-Flughafen unter ihre Kontrolle und sperren ihn für den zivilen Luftverkehr. Um kurz nach elf Uhr erklärt Ministerpräsident Binali Yıldırım, Teile des Militärs versuchten die Regierung zu stürzen. Von einem Staatsstreich will er aber nichts wissen. Die Sicherheitskräfte seien zusammengerufen worden, »um zu tun, was nötig ist«. Yıldırım ruft die Bevölkerung auf, Ruhe zu bewahren. Ein Putschversuch also. Und damit beginnt eine lange, dramatische Nacht.

Im Laufe dieser Nacht vom 15. auf den 16. Juli rollen Panzer durch die Straßen, Kampfjets und -helikopter donnern im Tiefflug über Ankara und Istanbul hinweg und bombardieren in der Hauptstadt neben dem Geheimdienst auch mehrere Polizeieinheiten sowie schließlich das Parlament. Generalstabschef Hulusi Akar wird als Geisel genommen. Soldaten marschieren an zentralen Orten auf, Schüsse hallen durch die Nacht. Und mitten im Kampflärm ertönen aus den Lautsprechern der Moscheen Gebetsrufe und das Totengebet, das in Krisenzeiten auch dazu dient, die Bevölkerung zusammenzutrommeln.

Kurz vor Mitternacht bekennen sich die Putschisten zu ihrem Umsturzplan. Soldaten besetzen die Zentrale des staatlichen Fernsehsenders TRT und zwingen die Moderatorin Tijen Karaş, eine Erklärung zu verlesen. Die Streitkräfte hätten die Behörden unter ihre Kontrolle gebracht, um die verfassungsmäßige Ordnung, Menschen- und Freiheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit wiederherzustellen, die unter der AKP-Regierung

erodiert seien, verkündet Karaş mit bleicher Miene dem Fernsehpublikum. Als Beispiel nennen die Putschisten die Ermittlungen in dem riesigen Korruptionsskandal, die Ende 2013 publik geworden waren und die Erdoğan erfolgreich niedergeschlagen hatte. Die Türkei werde nun vorübergehend von einem »Rat für Frieden in der Heimat« (»Yurtta Sulh Konseyi«) regiert. Der »Friedensrat« garantiere die Sicherheit der Bevölkerung und die Einhaltung aller internationalen Verträge. Die Machtübernahme sei zum Schutz der Demokratie erfolgt. Gleichzeitig verhängen die Putschisten das Kriegsrecht und kündigen die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an.

In unserem Quartier strömen Nachbarn auf die Straße, um sich mit Vorräten einzudecken. Die großen Lebensmittelläden sind längst geschlossen, aber die Krämer um die Ecke haben in der Türkei oft bis weit in die Nacht geöffnet. Bepackt mit Wasserflaschen, Brot, Nudeln und was sie sonst noch ergattern konnten, huschen Männer und Frauen durch die Straßen und Gassen. Kurz nach Mitternacht meldet sich schließlich Staatspräsident Erdoğan, der im südtürkischen Urlaubsort Marmaris weilt, zu Wort. Über Facetime ruft er beim Privatsender CNN Türk an. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie, lässt der Präsident sonst doch den Zugang zu den sozialen Medien immer wieder sperren.

»Fethullah Gülen ist schuld!«

Im dunkelblauen Anzug, hellblauen Hemd und dunkler Krawatte sitzt Erdoğan vor einem weißen Vorhang. Er wirkt blass und verängstigt, aber er scheint bereits genau zu wissen, wer hinter dem Putschversuch steckt: »Ganz klar die Parallelstruktur«, sagt er der Moderatorin Hande Fırat, die ihr Handy in die Fernsehkamera hält. »Parallelstruktur« oder »Parallelstaat« sind die Schlagworte, mit denen die Regierung die Bewegung des in Amerika lebenden Predigers Fethullah Gülen bezeichnet. »Für

ihren Angriff auf das Volk mit Helikoptern und Panzern werden sie einen hohen Preis zahlen«, droht Erdoğan zornig. Gleichzeitig fordert er vom Volk, es solle auf die Straße gehen und sich den Panzern entgegenstellen. Und das, obwohl zu diesem Zeitpunkt scharf geschossen wird. »Ich rufe meine Nation auf (…), ich lade sie auf die Plätze, auf die Flughäfen ein, lasst sie mit ihren Panzern und Kanonen auf den öffentlichen Plätzen machen, was sie wollen. Es gibt keine Macht, die über dem Volk steht.« Auch er werde sich dem Volk anschließen. »Die Türkei ist kein Land, das sich von einer solchen Meuterei einschüchtern lässt (…). Wir werden ihnen die nötige Lektion erteilen.«

Woher weiß der Präsident so genau, dass Gülen für den Putsch verantwortlich ist? Warum ruft er die Menschen auf die Straßen? Riskiert er damit nicht, dass unschuldige Zivilisten getötet werden? Nicht weit von unserer Straße entfernt fallen Schüsse, immer wieder. Doch unter dem Donnern der Kampfjets und dem Lärm der Schusswechsel ertönen weiterhin pausenlos die Gebetsrufe. Es ist gespenstisch.

Über soziale Medien verbreiten Bürger Bilder von Menschen, die sich den Panzern in den Weg stellen und Armeebasen blockieren. Dann distanzieren sich Armeeeinheiten von den Putschisten. Damit ist klar, dass es Letzteren an Unterstützung in den eigenen Reihen fehlt. Die Kommandanten der 1. Armee und der Eliteeinheiten erklären kurz nacheinander, das Militär unterstütze den Staatsstreich nicht. Doch die Lage ist unübersichtlich.

Gegen halb drei Uhr morgens machen wir uns auf den Weg zum rund einen Kilometer entfernt gelegenen Taksim-Platz. »Geht nach Hause!«, ruft uns leise ein Nachbar von seinem Fenster aus zu. »Es ist gefährlich!« Die Straßen in unserem Viertel sind leer gefegt. Kurz bevor wir den Taksim erreichen, kommen uns ein hagerer Bärtiger in langer weißer Robe und zwei weitere Männer entgegen. Am Taksim sei alles ruhig, sagen sie. Viele Soldaten, die auf dem Platz aufmarschiert waren, sind tatsächlich

wieder abgezogen. Etwa dreißig stehen noch rund um das Denkmal der Republik. Mit versteinerten Minen halten sie ihre Waffen in die Höhe. Es sind junge Rekruten, zwischen Anfang und Mitte zwanzig. Ungefähr fünfzig Männer haben sie umringt und beschimpfen sie. Einer der Soldaten will etwas erwidern, aber der Älteste von ihnen, offenbar der Zugführer, hält ihn zurück. »Bleib ruhig«, sagt er seinem Kameraden. Einige Männer aus dem Pulk der Zivilisten klettern auf das Denkmal und rollen über den Köpfen der Soldaten ein weißes Transparent aus, auf dem mit blauer Sprühfarbe geschrieben steht: »İblis Pensilvanya«, »Teufel Pennsylvania«. Pennsylvania ist der amerikanische Bundesstaat, in dem Gülen lebt.

Plötzlich kommt ein Mittvierziger aus dieser Gruppe auf uns zu. »Haut ab hier!«, brüllt er uns an. Normalerweise sind Türken gegenüber Ausländern extrem freundlich. Doch die regierungsnahe Presse überschlägt sich seit Monaten mit Berichten über angebliche Verschwörungen des Auslands. Und diese Männer hier sind offenkundig ergebene Erdoğan-Anhänger. Sofort umzingeln sie uns und beginnen, auf uns loszugehen. Aus einer in der Nähe stehenden Gruppe ziviler Polizisten lösen sich einige Beamte, treten der Menge entgegen und sprechen beruhigend auf sie ein. Aus Richtung des Gezi-Parks rufen uns Männer zu: »Kommt hierher!« Offenbar sind auch sie Polizisten in Zivil. Die Polizei, dein Freund und Helfer. Im Westen kennt man die türkische Polizei vor allem als Truppe, die brutal gegen friedliche Demonstranten vorgeht. Aber es gibt auch die andere Seite, und das häufiger, als man denkt: freundliche und hilfsbereite Beamte.

Gegen sieben Uhr morgens veröffentlicht der »Friedensrat« auf der offiziellen Website der Streitkräfte ein Kommuniqué, in dem er erklärt, die Operation dauere an, die Bürger sollten nicht auf die Straße gehen. Dabei zeichnet sich längst ab, dass der versuchte Staatsstreich gescheitert ist. Die Putschisten erhalten innerhalb des Militärs viel zu wenig Unterstützung, um erfolgreich

Kapitel 7

Neue und alte Grenzen

Bereits mehr als dreißig Jahre dauert der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der PKK an. Erdoğan hat in diesem Konflikt alte Tabus gebrochen und Schritte zur Beilegung des »Kurdenproblems« unternommen. Und ist dann doch gescheitert.

Ob Hochzeit, Fußballspiel oder Wahl – zu einer ordentlichen Feier gehört in der Türkei der Autokorso samt Hupen, Schlachtrufen und Fahnenschwingen, zumindest wenn's um Sport und Politik geht. Und Grund zum Feiern haben die Anhänger der prokurdischen »Demokratischen Partei der Völker« (»Halkların Demokratik Partisi«; HDP) in dieser Nacht 2015 mehr als genug. Die HDP hat in der Parlamentswahl vom 7. Juni erreicht, was viele für unmöglich hielten: Mit gut dreizehn Prozent schafft sie auf Anhieb den Einzug ins Parlament. Zwar gibt es seit den neunziger Jahren kurdische Parteien im türkischen Parlament, doch traten ihre Abgeordneten immer als unabhängige Kandidaten an und schlossen sich erst nach der Wahl zu einer Fraktion zusammen, um nicht an der Zehn-Prozent-Hürde für Parteien zu scheitern. Die HDP ist die erste kurdische Partei, die das Risiko eingegangen ist.

Mit halsbrecherischer Geschwindigkeit rasen HDP-Anhänger den Tarlabaşı Bulvarı entlang, diese vierspurige Straße, die Ministerpräsident Turgut Özal in den achtziger Jahren vom Goldenen Horn mitten durch das historische Beyoğlu zum Taksim-Platz fräsen ließ. Junge Männer lehnen sich aus den Seiten-

fenstern und schwingen wild die weißen HDP-Fahnen mit dem grün-violetten Baum und roten, gelben, blauen und schwarzen Sternen.

»Selo, Selo, Selo!«, rufen sie vor der Istanbuler Parteizentrale in Tarlabaşı. Selo ist die kurdische Koseform von Selahattin. Und ihm, Selahattin Demirtaş, dem Ko-Vorsitzenden der Partei, haben sie den Wahlerfolg in erster Linie zu verdanken. Zwar ist die im Herbst 2012 gegründete HDP aus der kurdischen Bewegung hervorgegangen, doch sie tritt als nationale Regenbogenkoalition auf, die Kurden und Linke – Ko-Vorsitzende ist die linke Türkin Figen Yüksekdağ –, Gewerkschaftsmitglieder, Umweltschützer, Frauenrechtlerinnen, Vertreter von ethno-religiösen Minderheiten wie den Aleviten, Jesiden oder Armeniern, die LGBT-Bewegung (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) und sogar fromme Muslime vereint. Als einzige Partei tritt sie mit einer Liste an, auf der die Hälfte der Kandidierenden Frauen sind. Für viele Aktivisten trägt sie damit den Geist der Gezi-Bewegung.

Ein neuer Stern am Polithimmel

Aber es ist unbestritten Demirtaş, der die HDP zu ihrem Erfolg geführt hat. Wie Erdoğan stammt der Menschenrechtsanwalt aus Diyarbakır aus einfachsten Verhältnissen, und wie dieser beherrscht er es, mit volkstümlichen Auftritten weit über die eigene Basis hinaus Menschen anzusprechen. Mehrfach greift er im Laufe des Wahlkampfs in die Saiten der Saz (Langhalslaute) und singt dazu türkische Volksweisen, einmal auch im privaten Sender »CNN Türk«. Einen »Popstar« und »jungen Schönling« schimpft ihn Erdoğan daraufhin. Ein andermal nennt er ihn einen »Scharlatan« und indirekt einen Gottlosen. Doch in Demirtaş hat der übermächtige Politiker und Lehrmeister der Nation erstmals seit Langem einen gleichwertigen Gegner gefunden. Der 1973 geborene, jugendlich wirkende Kurde besitzt Charisma

und beherrscht wie Erdoğan die Kunst der Rhetorik. Mit einem einzigen kurzen Satz hat er im Jahr zuvor die Herzen der Erdoğan-Kritiker höherschlagen lassen. »Wir werden nicht zulassen, dass du Präsident wirst«, sagte er im türkischen Parlament. Gemünzt war der Satz auf Erdoğans Forderung nach einem Präsidialsystem. Damit holte Demirtaş in den Präsidentschaftswahlen im August 2014 fast zehn Prozent der Stimmen und eroberte sich einen festen Platz in der türkischen Politik. In dieser zählt während Wahlkämpfen vor allem eines: Wer kann mehr Leute auf die Straße bringen.

Erdoğan hat sich zu diesem Zweck extra einen riesigen Aufmarschplatz im Marmara-Meer vor der historischen Halbinsel von Istanbul aufschütten lassen. Mehr als eine Million Menschen kann er auf dem Platz am Yenikapı um sich scharen. Wenn er spricht, fahren die öffentlichen Fähren, Busse, U- und Trambahnen kostenlos. Nicht nur die staatlichen, auch die meisten privaten Fernsehstationen übertragen die Reden in voller Länge live. Damit kann keine andere Partei mithalten. Doch Demirtaş pariert die biestigen Tiraden des Präsidenten mit Witz und sein Macho-Gehabe mit einem Dauerlächeln. Dabei tritt auch er als Familienmensch auf, zeigt sich an der Seite seiner Frau und den beiden Töchtern. Im Gegensatz zu Emine Erdoğan trägt die attraktive Başak Demirtaş ihr Haar offen und statt in langen Roben kleidet sie sich in Jeans und Bluse. Er bügle seine Hemden selber und könne eine gute Terrine kochen, sagt Demirtaş einmal. Damit präsentiert er sich als gelebten Gegenentwurf zum erzkonservativen Familienbild der AKP. Gepaart mit seinem guten Aussehen und seiner Redekunst trägt ihm das bei manchem die Bezeichnung »kurdischer Obama« ein. »Demirtaş ist genau der Politiker, den die Türkei braucht«, sagt Özgür Ünlühisarcıklı, Direktor des German Marshall Fund in Ankara. »Er hat einen großartigen Humor, kennt alle Kulturen des Landes und er hat eine reine Weste.«

In der Nacht nach der Wahl erhellt nur das schummrige Licht aus dem Parteibüro und den umliegenden Häusern die Dunkelheit in der engen Straße von Tarlabaşı. »Wir, die Unterdrückten der Türkei, die Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit wollen, haben einen überwältigenden Sieg erzielt«, sagt Demirtaş in einer von einem kleinen, unabhängigen Sender übertragenen Rede. »Das ist ein Sieg der Arbeiter, Arbeitslosen, der Dorfbewohner und Bauern. Es ist ein Sieg der Linken.« Genau deshalb habe er diesmal die HDP gewählt, sagt ein Mittdreißiger mit langen Wuschelhaaren. »Ich bin ein überzeugter Kemalist«, fährt er fort. »Aber ich will, dass diese Typen im Parlament vertreten sind.« Und noch etwas: »Demirtaş hat gesagt, er sei ein Kind von Atatürk. Das fand ich gut«. Dann eilt er freudetrunken davon.

Tarlabaşı, dessen Geschichte bis ins 16. Jahrhundert zurückreicht, als sich hier nichtmuslimische Diplomaten niederließen, ist heute ein Armenviertel. Den Diplomaten waren griechische, armenische und jüdische Handwerker und Kleinhändler gefolgt, als diese vertrieben wurden, zogen Migranten aus Anatolien in ihre Häuser ein. Ihnen folgten in den neunziger Jahren vertriebene Kurden aus dem Südosten des Landes. Tagsüber geht es teilweise zu wie auf dem Land. Frauen in Kopftüchern sitzen auf den Treppen vor den morschen alten Häusern, putzen Gemüse, rupfen Hühner, häkeln und plaudern. Über die engen Gassen sind Leinen gespannt, auf denen Wäsche zum Trocknen hängt. Zugleich leben in dem Viertel die Transsexuellen, die von der Gesellschaft geächtet und von der Polizei gejagt werden. Neuerdings sind auch syrische Flüchtlinge hierher gezogen, weil es einer der wenigen Orte in der Riesenmetropole ist, an dem die Mieten für sie erschwinglich sind.

Viele, die hier wohnen, haben eine Wut im Bauch, die sich schnell mal in roher Gewalt entladen kann. Nur einen Katzensprung von der Flanier- und Amüsiermeile İstiklal Caddesi entfernt ließ eine Regierung nach der anderen die einzigartigen